

**DRINGLICHE INTERPELLATION** von Prof. Kurt Schellenberg (FDP, Wetzikon) und  
Walter Bosshard (FDP, Horgen)

betreffend Vorwürfe an die Polizeidirektion bez. Verschwendung  
von Steuergeldern und strafbare Handlungen von  
Hptm Spring

---

Im Zusammenhang mit der Strafuntersuchung gegen Hauptmann Spring sind in der Presse schwere Anschuldigungen betr. Verschwendung von Steuergeldern und betr. Verwendung von staatlich beschafften technischen Einrichtungen für private Zwecke erhoben worden. Im Interesse der Wiederherstellung des öffentlichen Vertrauens bitten wir den Regierungsrat um eine schonungslose Aufklärung des Sachverhaltes und um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welches waren die Anschuldigungen, welche die Polizeidirektion veranlassten, eine Untersuchung der Finanzkontrolle und ein administratives Verfahren einzuleiten?
2. Was haben diese Abklärungen ergeben?
3. Welche Massnahmen wurden getroffen?
4. Bis wann ist mit Resultaten der externen administrativen Untersuchung zu rechnen?
5. Wie wurde die Staatsanwaltschaft über die Vorfälle informiert?
6. Wer hat die Strafuntersuchung veranlasst?
7. Richtet sich die von der Bezirksanwaltschaft eingeleitete Strafuntersuchung gegen Tatbestände, welche der Polizeidirektion nicht bekannt waren, bzw. nicht bekannt sind?
8. In welchen Fällen hält der Regierungsrat ein internes administratives Verfahren grundsätzlich für angezeigt, in welchen Fällen für ungenügend?
9. Wie stellt sich der Regierungsrat zum Vorwurf der mangelhaften Information des Kantonsrates (Anfrage KR-Nr. 322/1993 betr. zweimotorigen Hochdecker vom Typ Partenavia)?
10. Wie beurteilt der Regierungsrat das damalige Vorgehen der Polizeidirektion aus heutiger Sicht?
11. Wie kann die interne Aufsicht zur raschen Erkennung solcher Vorfälle verbessert werden?
12. Wie beurteilt der Regierungsrat den immateriellen Schaden (Vertrauensverhältnis zur Verwaltung) und den materiellen Schaden (Steuergelder), welche solche Vorfälle zur Folge haben?

Prof. Kurt Schellenberg  
Walter Bosshard

Dr. R. Jeker	Dr. M. Zollinger	R. Stucki	D. Fierz
E. Jud	Dr. J.-J. Bertschi	H. Hartmann	Dr. K. Reber
Dr. D. Weber	R. Thalmann	R. Cavegn	I. Stirnimann
Dr. B. Gubler	M. Clerici	S. Bernasconi	T. Dähler
Dr. C. Gattiker	Dr. L. Briner	Dr. B. Hösly	U. Isler
M. Baumgartner	E. Kübler	Dr. W. Hegetschweiler	F. Troesch
R. Sägesser	Dr. A. Heinimann	K. Weiss	P. Niederhauser
Dr. J. Peyer	F. Frey-Wettstein	M. Mossdorf	C. Bretscher

Begründung:

Verschiedene Fälle von Unregelmässigkeiten in der Verwaltung haben in letzter Zeit das Vertrauen der Bevölkerung in die Behörden belastet. Nur durch das rasche und vollständige Schaffen von Transparenz und konsequentes Handeln durch die Verantwortlichen kann das in einer Demokratie unerlässliche Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die staatlichen Institutionen wiederhergestellt werden.